

Treuchtlinger Kurier 20.03.2009

Biberprojekt im Schambachried:

Ist jetzt ein Kompromiss greifbar?

Bauern würden kleinerer Projektfläche zustimmen – Klaus Fackler würde Biber «zum Abschuss freigeben»

DIETFURT – Zum Beginn der Vegetationsperiode kocht das Thema Biber wieder hoch. In Dietfurt trafen sich am vergangenen Mittwoch rund 30 betroffene Landwirte aus den Bereichen Dietfurt, Schambach und Osterdorf, um ihre Meinung zu dem geplanten Projekt «Biberlebensraum Schambachried» kund zu tun. Mit dabei war auch Klaus Fackler, Biberbeauftragter des Landschaftspflegeverbandes Ansbach, der die Bauern mit ganz neuen Aussagen überraschte.

«Ich ärgere mich mit dem Viech nun schon seit 1994 herum. In unserer Region ist der Biber keine gefährdete Tierart mehr. Er müsste eigentlich ins Jagdrecht überführt und mit einem Abschussplan die Population reguliert werden», so Klaus Fackler gegen Ende der doch recht intensiven Diskussion. Das waren in den Ohren der betroffenen Landwirte überraschende Töne, denn genau das ist letztlich die Meinung der Bauern schon seit vielen Jahren. Allein, es ist rechtlich nicht umsetzbar, weil der Biber EU-weit als geschützte Art gilt und hier auch in Bayern keine Ausnahmen möglich sind. Außerdem wehren sich die Jäger dagegen, da sie nämlich plötzlich mit Schadenersatzforderungen konfrontiert wären.

Das Thema Biber ist hoch komplex. Bekanntlich wurde das Tier in den 80-er Jahren vom Umweltministerium im Bayerischen Wald wieder angesiedelt, nachdem es in unseren Breiten schon lange ausgestorben war. Dann vermehrte sich der Nager fast explosionsartig und wird nun in manchen Bereichen für Land-, Forst- und Teichwirte zu einer regelrechten Plage. In Bayern sind die Landkreise Weißenburg-Gunzenhausen und Ansbach mit am stärksten betroffen.

Der Biber, der aus wasserwirtschaftlicher Sicht sehr nützlich ist, nagt Bäume um und staut Bäche auf, was letztlich landwirtschaftliche Flächen vernässt. Er gräbt Löcher in Dämme und sorgt nicht zuletzt für Verbiss in Pflanzungen. Vor allem die Vernässung von Flächen verärgert die Bauern, da die Flächen oftmals nicht mehr bewirtschaftet werden können, und trotzdem gibt es dafür bislang keine Entschädigungen. Deshalb sprechen sie auch von «schleichender Enteignung».

Die Reihe der Zuständigkeiten änderte sich im Laufe der Jahre ständig. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, als ob keine Behörde mit dem Thema richtig etwas zu tun haben will. Zunächst war es die Regierung, dann das Wasserwirtschaftsamt, dann das Landratsamt, und mit dem neuen geplanten Biberprojekt sollte es die Stadt Treuchtlingen werden, die das Thema betreut und sich letztlich mit dem Ärger herumschlagen soll. «Den letzten beißen die Hunde», so Richard Zäh.

Genau das kritisierte Zäh, seines Zeichens 2. Bürgermeister Treuchtlingens, selber Landwirt und Sprecher der betroffenen Bauern. Er und alle Bauern befürchten, dass mit dem neuen

Projekt nichts anderes erreicht werden soll, als dem Biber noch mehr Lebensraum zu schaffen und das gesamte Gebiet letztlich unter Naturschutz zu stellen. Die geplanten 246 Hektar Projektfläche wurden bei dem Treffen als viel zu groß bezeichnet. Diese Fläche habe die Größe von fünf ordentlichen landwirtschaftlichen Betrieben.

Zäh schilderte den Werdegang des Projekts, das im vergangenen Oktober aus einem Treffen aller beteiligter Gruppen entstanden sei – also Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt, Bauernverband, Bund Naturschutz und viele mehr. Er sei dann irritiert gewesen, dass ein daraus entstandener Entwurf ganz plötzlich im Stadtrat zur Abstimmung gestanden habe. Zäh erklärte auch, dass da einiges finanziell auf die Stadt zukäme und nannte die Projektsumme von 580.000 Euro.

Klaus Fackler setzte sich dagegen vehement für das Projekt ein und stellte es als Chance dar, eben regulierende Maßnahmen finanziell gefördert zu bekommen. «Dort würde öfter mal ein Damm geräumt». Er sprach von einer möglichen Koexistenz von Biber und intensiver Landwirtschaft in diesem Rahmen, was Triesdorf belege. Das Gebiet sei lediglich eine Kulisse und kein Schutzgebiet. Rein rechtlich ändere sich nichts. Es werde aber intensiver beraten, würden leichter Lösungen gefunden, und es gebe feste Ansprechpartner. Fackler machte dabei klar, dass Biber im Extremfall auch abgefangen oder abgeschossen werden müssten, wenn sie in gefährlichen Bereichen tätig würden (z.B. Kläranlagen).

Dieser gesamten Argumentation trauen die Bauern allerdings nicht über den Weg. «Wir glauben nichts mehr.» Und Zäh belegte das mit einem Beispiel aus dem Projektpapier. Dort steht nämlich, dass eine 3,5 Hektar große Fläche vom Straßenbauamt gekauft worden sei, «um sie biberfreundlich zu gestalten». Das befürchten die Bauern für das komplette Projektgebiet. Überhaupt fühlen sich die Landwirte mit ihren Problemen allein gelassen. Zu oft wurde in der Vergangenheit schon Abhilfe versprochen, und es war auch schon von Projekten die Rede, die dann letztlich doch nicht umgesetzt wurden. «Immer neue Projektgebiete», so Zäh, «irgendwann explodieren die Bauern. Wir müssen die Population begrenzen, und sie nicht noch weiter ausweiten.»

An dem Abend war am Ende trotzdem so etwas wie Kompromissbereitschaft zu spüren. So schlugen die betroffenen Landwirte vor, dass der Biber in den Gebieten, in denen er jetzt lebt, ja bleiben könne. Von 30 bis 40 Hektar war die Rede. Aus dieser Fläche könne man ein Projektgebiet machen und sehen, ob es funktioniert. Wenn ja, könne man die Fläche danach ja weiter vergrößern. Und Klaus Fackler bot an, in dem Projektpapier in der Präambel ganz klar das Ziel der Populationsbegrenzung mit aufzunehmen. Er sprach allerdings von 100 Hektar Mindestgröße für solch ein Projekt, sonst könnte es nicht in das BayernNetz Natur aufgenommen werden.

Diese beiden Haltungen standen schließlich bis zum Ende im Raum.

Hubert Stanka